# Frankreich brennt

## Blockaden, Betriebsbesetzungen, Massenstreiks – aus dem Klassenkampf in Frankreich lernen!

***1. Auflage:*** *Januar 2011.*
***Texte:*** *Juan Chingo (FT-CI), Ciro Tapeste (FT-CI), Manuel Georget, Vincent Duse.*
***Redaktion:*** *Antje Berlinger (FT-CI), Wladek Flakin (RIO), Mark Turm (FT-CI), Marius Weizenberger (RIO).*
***Übersetzung:*** *systemcrash (für RIO), Antje Berlinger.*
***Lektorat:*** *Tom Hirschfeld.*
***Layout:*** *Wladek Flakin.*
***ViSdP:*** *R. Müller, Hamburg.*

# Inhalt

# Einleitung

Die Wirtschaftskrise zwingt die KapitalistInnen in Europa zur Durchsetzung von Sparpaketen, um ihre Ökonomien vor dem Kollaps zu retten. Diese Sparpakete beinhalten, wie auch in Deutschland, harte Angriffe auf die ArbeiterInnenklasse in Form von Entlassungen, Lohnsenkungen und Kürzungen von Sozialleistungen und Renten. Im letzten Jahr konnten wir in Griechenland und Frankreich, aber auch in Italien, Spanien, Portugal oder Irland sehen, wie sich massiver Widerstand gegen diese Angriffe formierte. Die Krise zwingt die Lohnabhängigen und Unterdrückten dazu, nach Alternativen auf die vom Kapital verordnete Misere zu suchen.

Der Widerstand gegen Sozialkürzungen erreichte ein neues Niveau mit der Streikwelle in Frankreich Ende 2010. Aus diesem Grund möchten wir mit dieser Broschüre auf diesen beispielhaften Kampf der ArbeiterInnenklasse und Jugend eingehen.„Sie haben Raffinerien blockiert und Öllieferungen unterbrochen, Schulen und Universitäten besetzt und mehrere Streiks mit über drei Millionen TeilnehmerInnen organisiert.

Diese Proteste zeigen – trotz aller gegensätzlichen Behauptungen sowohl aus dem bürgerlichen Lager wie von Teilen der Linken –, dass das Proletariat die einzige Kraft bleibt, die gesellschaftliche Veränderung vollziehen kann. ArbeiterInnen haben die Kraft, die Wirtschaft lahmzulegen und alle unterdrückten Schichten hinter sich zu scharen. Vor allem  kann die ArbeiterInnenklasse auch ohne KapitalistInnen produzieren, wie die Belegschaft im Phillips-Werk in Dreux gezeigt hat. Der Genosse Manuel Georget von Philips-Dreux berichtet von der Möglichkeit, sich durch Besetzung und ArbeiterInnenkontrolle gegen Entlassungen und Werksschliessungen zu wehren.

Der Kampf des Proletariats und der Jugend in Frankreich setzte aufgrund ihrer Massivität und ihrer Methoden ein Fanal für die Unterdrückten in ganz Europa. Dennoch konnte diese Bewegung die Angriffe der Sarkozy-Regierung nicht stoppen. Diese Tatsache wirft eine Reihe von strategischen Fragen auf, auf die die revolutionäre Linke eine Antwort geben muss, um in kommenden Auseinandersetzungen besser gerüstet zu sein.

Wie die GenossInnen aus Frankreich berichten, konnten wir von Anfang an Zeuge der Rolle der Gewerkschaftsbürokratie und der reformistischen Parteien werden, die alles in ihrer Kraft stehende getan haben, um die Proteste zurückzuhalten und Tendenzen zur Radikalisierung zu unterbinden. So ist es die Aufgabe von RevolutionärInnen, die verräterische Politik der Gewerkschaftsbürokratie zu bekämpfen und innerhalb der Gewerkschaften für ihre Demokratisierung einzutreten. Dies bedeutet, für die Selbstorganisierung der ArbeiterInnen einzutreten, für demokratische Versammlungen mit gewählten und jederzeit abwählbaren Delegierten, die vollkommen unabhängig von der Bürokratie sind. Dies bedeutet vor allem auch, an jedem Arbeitsplatz, in jeder Bildungseinrichtung, in jedem Stadtteil die fortschrittlichsten Sektoren zu sammeln, die sich gegen die Angriffe der Bourgeoisie wehren und ihre Zukunft in die eigenen Hände nehmen wollen.

Selbst die „Neue Antikapitalistsiche Partei“ (NPA), ein Hoffnungsträger für viele Linke und ArbeiterInnen, vermied es, die Tendenzen in diese Richtung – nämlich die neue Erfahrung von branchenübergreifenden ArbeiterInnenversammlungen – voranzutreiben, um aus ihnen heraus zu einem Generalstreik

zu mobilisieren. Daher gründete sich eine revolutionäre Plattform innerhalb der NPA, die sich mit einem klassenkämpferischen Programm gegen Bürokratie und reformistische Illusionen stellt und während der Streikwelle klar auf einen Generalstreik orientierte.

Die Forderung nach einem Generalstreik war eine zentrale (und beliebte) Forderung, jedoch stellen sich dabei viele Fragen: Wer organisiert den Streik? Soll er von der Gewerkschaftsbürokratie organisiert werden, so dass diese jederzeit den Streik wieder abbrechen kann? Und welche Ziele soll der Streik haben? Soll er sich auf einen Rückzug der Rentenreform begrenzen und die verhasste Sarkozy-Regierung weiterhin im Amt lassen? Oder soll der Streik solange weitergeführt werden, bis er die Regierung zu Fall bringt? Wenn ja, wer soll Sarkozy ersetzen? Eine Regierung der Sozialistischen Partei, welche während ihrer letzten Amtszeit ein Programm durchsetze, was kaum vom Programm Sarkozys zu unterscheiden war? Oder eine Regierung, die sich auf die ArbeiterInnenklasse und ihre Organe stützt?

Es handelt sich also um strategische Fragen, die die revolutionären MarxistInnen beantworten müssen. Die Ereignisse in Frankreich haben wieder einmal gezeigt, dass ein revolutionäres Programm nicht eine abstrakte Frage für HistorikerInnen, sondern eine zwingende Notwendigkeit für den heutigen Klassenkampf darstellt und in der heutigen Realität erprobt werden muss. Ein Programm, das aus den Kampferfahrungen des Proletariats – aus seinen wenigen Siegen und zahlreichen Niederlagen – die entsprechenden Lehren zieht, damit durch die Niederlagen der Vergangenheit die Siege der Zukunft vorbereitet werden können. Mit diesem Programm geht es darum, die Weichen für eine Organisation zu stellen, die sich nicht an die Gewerkschaftsbürokratie anbiedert und sich nicht an das momentane Bewusstsein der ArbeiterInnen anpasst. Es geht also darum, die Weichen für eine revolutionäre ArbeiterInnenpartei zu stellen.

Die Erfahrungen in Frankreich aber auch in Griechenland sind Vorboten der kommenden Auseinandersetzungen in ganz Europa. Die Wirtschaftskrise, die politische Instabilität und die permanenten Angriffe des Kapitals auf die Lohnabhängigen bereiten den Boden für das Eingreifen der ArbeiterInnen mit ihren historischen Kampfmethoden. Auch in Deutschland sind solche Angriffe aber auch politische Instabilität sichtbar geworden. Denn trotz des jetzigen vorübergehenden Aufschwungs der deutschen Wirtschaft stellen sich auch hier zu Lande dieselben strategischen Fragen.

Lasst uns von Frankreich lernen, damit die KapitalistInnen für ihre Krise zahlen!

*von Marius Weizenberger (RIO) und Mark Turm (FT-CI), 3. Januar 2011*




# Historischer Tag der Demonstrationen in Frankreich

## Tendenzen zur Radikalisierung bedroht durch die verräterischen Gewerkschaftsführungen

Nach den drei Protesttagen gegen die Rentenreform (7. und 23. September sowie am 2. Oktober), die nach dem Sommer stattfanden, spekulierte die Regierung auf einen Rückgang der Demonstrationen, besonders weil der Senat die Hauptartikel des neuen Gesetzes im Eilverfahren beschlossen hatte, so dass Sarkozy damit eine klare Botschaft an die Öffentlichkeit senden konnte: „Alles ist schon entschieden. Es gibt keine Notwendigkeit mehr zu demonstrieren, denn das Gesetz ist schon verabschiedet!" Nichtsdestotrotz war der Tag der Streiks und Demonstrationen am 12. Oktober in Frankreich ein historischer. Ungeachtet der Differenzen bei den Zahlen, die vom Innenministerium und den Gewerkschaften vermeldet wurden, unterstreichen beide Quellen die Zunahme der TeilnehmerInnenzahlen im Vergleich zum 23. September: 1,23 Millionen DemonstrantInnen nach polizeilichen und 3,5 Millionen nach gewerkschaftlichen Angaben, was die größte Mobilisierung seit 20 Jahren darstellt. Wenn auch die Streikbeteiligung im öffentlichen Sektor weiterhin

konstant bei 30% liegt, so gibt es doch ein neues Element: Der Ruf nach einem unbefristeten Streik in verschiedenen Sektoren und die aktive Teilnahme Jugendlicher.

## Die SchülerInnen und Studierenden betreten die Bühne

SchülerInnen und Studierende waren bisher ein Schlüsselsektor in den großen sozialen Bewegungen Frankreichs – etwa als zentraler Protagonist in den Kämpfen gegen den „Ersteinstellungsvertrag“ (CPE) von Villepin. Außerdem verunsicherte ihr Einstieg in den aktuellen Kampf die Regierung. An einigen Universitäten (Rennes II und Marseille, Paris-Tolbiac, Paris-8, Strasbourg etc.) gab es riesige Versammlungen, die nach dem Beginn der Kurse diese Woche organisiert wurden, um zu entscheiden, welche Aktionen durchgeführt werden. An mehr als 300 Schulen gab es Blockaden oder Streikposten, welche es ermöglicht hatten, dass mehrere Kolonnen von SchülerInnen sich in die Demonstrationen in verschiedenen Städten einreihten. Das Auftreten dieses Sektors wurde von der Regierung harsch kritisiert.Sie warf der radikalen Linken und Teilen der Sozialistischen Partei (PS) Manipulationen vor. Die Wahrheit ist, wie es ein Funktionär für öffentliche Ordnung in einer großen Provinzstadt sagte: „Mit den Studierenden, die notwendigerweise weniger in den Gewerkschaftsstrukturen eingebunden sind als Erwachsene, wird alles unberechenbar“ [1]. Besondere Angst haben das Bildungsministerium und der Elysee-Palast vor den Blockaden und der Gewalt, die oftmals die Mobilisierung der Jugend begleiten [2]. Doch das Auftreten der SchülerInnen (und möglicherweise der Studierenden, wenn die Bewegung ein paar Wochen anhält) ist alles andere als ein Resultat von Manipulationen zu sein. Stattdessen liegen die Voraussetzungen für die enorme Mobilisierung tiefer. Zusätzlich zur Degradierung der öffentlichen Schulen beklagen Jugendliche die sich verschlechternden Bedingungen beim Übergang ins Berufsleben und zum Erwachsenenstatus. Die SchülerInnen und Studierenden wissen, dass 23% der Menschen unter 25 Jahren arbeitslos sind (10% über den europäischen Durchschnitt), in armen Vierteln ist sogar jede/r zweite Jugendliche arbeitslos. Sie wissen auch, dass diejenigen, die das Glück haben, einen Job zu finden, unter zunehmend prekären Bedingungen arbeiten müssen, während die Preisexplosion beim Immobilienmarkt in den letzten 30 Jahren den Erwerb einer eigenen Wohnung zu einer vollkommenen Illusion gemacht hat. Nicht zu vergessen die tägliche Gewalt, der sie entweder durch die Polizei oder die Schulen ausgesetzt sind, wo sie unter den schulischen Autoritäten leiden, die sie zwingen, Uniformen zu tragen, die internen Schulregeln verschärfen sowie ihre Rechte als SchülerInnen missachten. In

1. Liberation 12.10.2010. Dieses Papier zitiert den berühmten Spruch des ehemaligen Ministers Luc Ferry, zu seiner Zeit mit großen Demonstrationen von Jugendlichen konfrontiert: „Die Studenten sind wie Zahnpasta: einmal aus der Tube raus, weiß man nicht, wie man sie wieder rein kriegt.“

2. Die Zahlen des Ministeriums, nämlich dass 350 Schulen betroffen sind, sind vergleichbar mit denen der ersten Aktionen bei den letzten großen Demonstrationen der Jugendlichen, sowie denen gegen das Gesetz von Fillon über die Zukunft der Schulen im Jahr 2005, jenen gegen den „Ersteinstellungsvetrag“ (CPE) im Jahr 2006 oder gegen die Schulreform von Xavier Darcos im Jahr 2008. Sie sind allerdings noch weit entfernt von den Blockaden von zwischen 1.400 und 4.300 Lehranstalten in Frankreich, wozu es zum Beispiel bei bestimmten Aktionstagen gegen das CPE kam. Es ist aber nicht nur die Anzahl der betroffenen Institutionen, die der Regierung Angst macht: in der letzten Bewegung gegen das Projekt von Darcos waren es die Gewalt und vor allem die Blockaden, die die Regierung verunsicherten und sie dazu brachten, die Reform zurückzuziehen.




diesem Zusammenhang sehen die Jugendlichen die Anhebung des Rentenalters nicht nur als zusätzliche Arbeitsbelastung für ihre Familienangehörigen, sondern als eine Maßnahme, die auch ihren eigenen Eintritt in den Arbeitsmarkt schwieriger macht.

## Tendenzen zur Radikalisierung: unbefristeter Streik in Schlüsselsektoren

In einigen Sektoren der ArbeiterInnenklasse wurde der Ruf nach einem unbefristeten Streik gegen die Rentenreform laut. So zum Beispiel beim öffentlichen Nahverkehr, bei der Eisenbahn SNCF, beim Energiesektor und besonders im chemischen Sektor. Die übergroße Mehrheit der französischen Raffinerien wird von den ArbeiterInnen blockiert, was in einigen Landesteilen Benzinknappheit verursachen könnte. In ganzen Regionen hat die Streikbewegung gegen die Rentenreform, zusammen mit anderen spezifischen Forderungen, die die Arbeitsbedingungen sowie die Reform der Häfen betrafen, alles für mehrere Tage lahmgelegt. Im Fall von Bouche-du-Rhone in der Region Marseille (der zweitgrößten Stadt)gibt es seit mittlerweile mehr als zwei Wochen  Streiks der Angestellten der Stadt und der Finanzbehörden. Ebenso streiken die ArbeiterInnen im Hafen von Fos und in den Raffinerien. Aufgrund der Arbeitskämpfe sitzen im Hafen dieser großen Stadt 85 Schiffe fest, darunter 56 Öltanker und 29 Frachtschiffe. Diese Situation ist für einige Sektoren der Bourgeoisie enorm beunruhigend, so dass sie die Lage im Moment genau beobachten. Die Entschlossenheit einiger Sektoren ist sehr stark. Michel Denis, CGT-Vertreter in der Total-Raffinerie in La Meda (Bouches-du-Rhone), 28, „weiß, dass er bis 2044 wird arbeiten müssen. ‚Bei dieser Arbeit wird es nach dem 55. Lebensjahr sehr schwer, besonders mit den Schichtwechseln'". Er ist „bereit, bis zum Ende zu gehen". „Wenn wir den Streik für 24 Stunden verlängern" sagt er, „dann nicht, um Spaß

bei den Demos zu haben, sondern um unsere Entschlossenheit zu zeigen“ [3]. Man bemerkt dasselbe Klima im Gewerkschaftslokal an der Montparnasse-Station in Paris, wo – mit 110 Für-Stimmen, 4 Enthaltungen und keiner Gegenstimme – diesen Mittwoch beschlossen wurde, den Streik fortzusetzen. „Hundert Stimmen, mehr als am Tag zuvor, aber immer noch nichts zu verherrlichen, sagt der Reporter. Ein erfahrener Typ macht ein hässliches Gesicht: ‚Wir haben immer noch genug. Im Jahre 1995 waren in den Versammlungen hier 200 Leute.' Aber an diesem Morgen sah man ‚neue Gesichter'. Einige, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind. Für eine Eisenbahnerin haben ‚die Dinge begonnen, heftiger zu werden, es gibt weniger Resignation, denn die Leute verstehen langsam die Ungeheuerlichkeit der Reform, dann werden sie auch verstehen, dass wir jetzt zu Aktionen übergehen müssen.'" [4]

An einigen Orten hat die Avantgarde begonnen, sich zu organisieren und über die nächsten Aktionen abzustimmen, um den Streik fortzusetzen. In jenen Sektoren, wo die Gewerkschaftsführung zur Fortsetzung des Streiks im nationalen Rahmen aufgerufen hat, wird der Streik auch fortgesetzt. Dies ist zum Beispiel in den Bahnhöfen der Hauptstadt der Fall, wo die ArbeiterInnen in den morgendlichen Versammlungen einstimmig für einen unbefristeten Streik gestimmt haben. Dort, wo die Bürokratien nicht zur Fortsetzung des Streiks aufgerufen haben, haben sich die kämpferischsten Sektoren organisiert und für die Streikverlängerung gestimmt, zum Beispiel LehrerInnen der Sekundarschulen in der Region Paris.

## Die Gewerkschaftsbürokratie als Haupthindernis, um die Reform zu stoppen und Sarkozy niederzuringen

Es ist klar, dass in den vergangenen Wochen die Schlacht ein politischer Kampf geworden ist. Die Wut geht über die Konterreform der Renten hinaus: Es gibt einen wachsenden Anti-Sarkozy-ismus; die Folgen der Krise sind immer mehr im privaten Sektor zu spüren; es gibt Spannungen, die auf eine Reihe von Reformen durch den Staat zurückzuführen sind, wie zum Beispiel in den Krankenhäusern; ganz zu schweigen von der Wut der SchülerInnen und Studierenden, die bereits beschrieben wurde.

Konfrontiert mit dieser Situation und dem Druck der Basis hat die Gewerkschaftsbürokratie das bisher Undenkbare getan, um ihre Kontrolle über die Bewegung aufrechtzuerhalten. Sie hat zu Aktionstagen in immer kürzerer Frist aufgerufen, wie am Samstag den 16. (d.h. zwei in einer Woche, und vielleicht werden sie sich für einen weiteren am Donnerstag den 14. November entscheiden, wenn sie sich wieder treffen, wonach es gerade aufgrund der vorhandenen Wut aussieht). Es handelt sich also um eine außergewöhnliche Bewegung, um irgendeine Lösung des Konflikts zu finden – was immer schwieriger und komplizierter wird – die es der Gewerkschaftsbürokratie erlaubt, nach so viel Kampf dennoch ihr Gesicht zu bewahren. Aber die Gewerkschaftsführungen – nicht nur die der CFDT sondern auch der CGT, die die Fortführung des Streiks auf sektoraler Ebene zulassen, um eine offene Kollision mit ihrer Basis zu vermeiden - sind FeindInnen der Radikalisierung des Konflikts und tun nichts, um ihn zu entwickeln und ihn auf einer nationalen Ebene aufrechtzuerhalten. Sie nutzen dabei die Angst vor den Lohneinbußen im privaten Sektor aus – sowohl in großen Industriegesellschaften als auch in SMEs (eine

3. Liberation 13.10.2010.
4. Ebd.



Angst, die diese Führung selbst schürt, um eine Radikalisierung zu verhindern). Die Gewerkschaftsführungen vermeiden es, in den entscheidenden Kampf einzutreten. Tatsächlich arbeiten sie objektiv (und subjektiv?) für einen Austausch des Präsidenten im Jahr 2012. „Wenn eine Regierung angesichts solcher Massenforderungen ihren Kurs nicht ändert, muss man eine politische Lösung finden… aber durch die Wahlurne!" ist, was von den Gewerkschafts-Päpsten im Anschluss an die Durchsetzung der Reform gesagt wird, natürlich mit einer enormen Erosion der Unterstützung für Sarkozy.

Inzwischen stehen die Tendenzen zur Radikalisierung einer entschlossenen Regierung gegenüber, die so leicht nicht aufgeben wird, und zur Zeit gibt es nicht einmal ansatzweise eine alternativen Führung, die dazu fähig wäre, eine breite Konfrontation mit der Regierung durchzustehen. Bis jetzt ist das die große Schwäche der Bewegung, die nicht mal úber eine embryonale Führung verfügt, wie sie die anti-CPE Bewegung in Form der Nationalen Koordination hatte, die dann Delegierte von allen Versammlungen zusammenbrachte und den Kampf um die Rücknahme des Gesetzes aufrechterhielt.

Schließlich entwickelt sich die Situation jedoch schnell und die nächsten Tage werden entscheidend sein. Offensichtlich gibt es einen qualitativen Sprung in der sozialen Bewegung, deren Perspektive angesichts des Mangels an Führung noch unsicher ist. Jedoch sind die Risiken der Radikalisierung gegenwärtig – eine Frage, die die Sozialistische Partei beunruhigt, die durch Ségolène Royale die Regierung verzweifelt um eine Aufhebung der Reform bittet und dabei die Regierung dafür verantwortlich macht, was auf den Straßen in den kommenden Tagen geschieht. Die Situation bleibt offen.

*von Ciro Tapeste und Juan Chingo, FT-CI, Paris, 14. Oktober 2010*
*Übersetzung: systemcrash, für RIO*

# Ein neuer Zyklus des Klassenkampfes und die Notwendigkeit einer revolutionären Partei

Der gegenwärtige Kampf der französischen ArbeiterInnen und Jugendlichen stellt einen offensichtlichen Sprung im Vergleich zum vorherigen Zyklus des Klassenkampfs dar, der 1995 begann. Dies bedeutet ein höheres Niveau des Klassenkampfs, offener, radikalisierter und klassischer, d.h. mit einer zentraleren Rolle der ArbeiterInnenklasse, und mit Studierenden und ArbeiterInnen in den Fabriken als Hauptfiguren. Es ist ein neuer Zyklus des Klassenkampfs als Antwort auf die weltweite Krise mit Auswirkungen in Frankreich und international. Die wirtschaftliche Depression lässt der Bourgeoisie nur eine Möglichkeit offen: Der Angriff auf die sozialen Errungenschaften, die noch vom so genannten Wohlfahrtsstaat übrig bleiben, und die Verschlechterung der Lebensbedingungen der Massen, einschließlich einiger Gruppen, die zu ihrer Zeit von den Krumen der neoliberalen Offensive – wie einige Menschen aus den Mittelschichten – einen Nutzen zogen.

Wegen ihres Kontextes kann die gegenwärtige Streikbewegung nicht mit dem Generalstreik der ArbeiterInnen im öffentlichen Sektor von 1995 verglichen werden, als die Bourgeoisie im Stande war, einen Teil der Umsetzung ihres neoliberalen Plans zurückzuziehen, weil sich das System nach der kapitalistischen Durchdringung der ehemaligen UdSSR, Chinas und der restlichen Länder Osteuropas in einem Aufschwung befand. Es ist auch nicht mit dem Mai 1968 vergleichbar, einem Aufstieg der Studentenbewegung, der einen politischen Generalstreik der Massen über mehrere Tage anstieß, der durch Lohnzugeständnisse und andere Errungenschaften beendet werden konnte, die nur möglich waren, weil es aufgrund des Nachkriegsbooms noch etwas zu „verteilen" gab. Deshalb ähneln die gegenwärtigen Kämpfe mehr den 1930er Jahren: mehr Explosivität, mit mehr Rissen (sowohl zwischen den Klassen als auch innerhalb derselben), mit mehr Gewalt, mit starken Elementen der sozialen Zersetzung, wegen der Krise und angesichts von Regierungen und Regimen, die immer härter agieren und eine immer bonapartistischere Form annehmen werden, um die Aktionen der ArbeiterInnen zu zerschlagen. Es ist nicht überraschend, dass die Nationale Front (FN), die ihren Kopf gegen das Regime der Fünften Republik erhoben hatte (das in die Bettencourt-Affäre verstrickt ist – ein Skandal, welcher die Verbindungen zwischen Geld und Macht, besonders mit der UMP von Sarkozy, offenlegte), aber während der ganzen Tage des Kampfs still gewesen ist, jetzt erst kürzlich wieder erschienen ist, als die Gewerkschaften den Kampf mit leeren Händen aufgeben wollten, sich selbst als eine demagogische Alternative für jene Gruppen präsentierend, die vielleicht über diese Führungen enttäuscht sein könnten.

In diesem Sinn, und 180 Grad entgegengesetzt zu dieser Variante, ist eine harte Linke notwendig, die offen darüber spricht, wie man Sarkozy, die AktionärInnen der CAC 40 (ein Pariser Aktienbörsen-Index) und die großen Familien, die Frankreich regieren, stürzen kann. Eine wirklich revolutionäre Partei, die auf die starre Diktatur des Kapitals mit der Selbstorganisation der Ausgebeuteten in Organen der Gegenmacht antwortet, um den bürgerlichen Staat zu zerschlagen. Die zwei Hauptorganisationen der extremen Linken in Frankreich, die NPA (Neue Antikapitalistische Partei) und LO (Lutte Ouvrière), müssen aufhören, Versteck zu spielen und nach der Einheit von allen verlangen, die sich als einen Teil der radikalen Linken betrachten, um über ein Programm und eine Intervention zu diskutieren, die zur kapitalistischen Krise und den ersten großen Kämpfen unserer Klasse in dieser Periode passt. Als das Kollektiv für eine Revolutionäre Tendenz (CTR) in der NPA kämpfen wir innerhalb der NPA dafür, dass sich die Partei in diesem offen revolutionären Sinn orientiert, und das zeigen wir durch die Aktionen, das Programm und die Perspektive, die wir im gegenwärtigen Tumult in Frankreich vorantreiben.

*von Juan Chingo, FT-CI, Paris, 3. November 2010*
*Übersetzung: systemcrash, für RIO*

## Was ist das Kollektiv für eine revolutionäre Tendenz?

Das Kollektiv für eine Revolutionäre Tendenz (CTR), das während des Sommers 2010 gegründet wurde, bringt Mitglieder der ex-LCR und andere Mitglieder der NPA, einschließlich Mitgliedern der Trotzkistischen Fraktion (FT-CI), zusammen, die sich auf den Marxismus und das historische Programm der Vierten Internationale stützen. Wie sie in ihrer Plattform sagen: „Unser Ziel ist es, dass die NPA eine konsequent antikapitalistische Partei wird, d.h. eine proletarische Partei und eine revolutionäre Partei, eine Partei des Klassenkampfs, die für den Generalstreik und die Macht der ArbeiterInnen kämpft. Wir wollen keine Wahlpartei, die die „Linke der Linken" unter Druck setzt, deren unvermeidliches Schicksal es sein wird, sich mit den ReformistInnen zu verbinden und sich in die Institutionen zu integrieren … Insbesondere kämpfen wir dafür, die Zweideutigkeiten, die aus der Gründung der NPA hervorgingen, in einem offen revolutionären Sinne zu überwinden, durch die Aufstellung eines echten Übergangsprogramms, das die konkretesten Forderungen der ArbeiterInnen mit dem Ziel der Eroberung der Macht artikuliert, durch den Kampf für den Generalstreik, für die Selbstorganisation der ArbeiterInnen, gegen die ReformistInnen und die GewerkschaftsführerInnen, die die Kämpfe verraten, für eine echte Einheitsfront der ArbeiterInnen, die die Mobilmachung der Massen durch klare Kampfziele ermöglicht." Das CTR zählt ArbeiteraktivistInnen in seinen Reihen wie Vincent Duse, ein Mitglied des Nationalen Politischen Rats (CPN) der NPA, der beim Gründungskongress gewählt wurde, ein Arbeiteraktivist seit 1981 und ein Delegierter der CGT in der Peugeot-Citroën Fabrik in Mulhouse, und Manuel Georget, ein Arbeiteraktivist der ex-LCR seit 1990 sowie ein Delegierter der CGT, der von ArbeiterInnen von Philips Dreux gewählt wurde, einer Fabrik, die für zehn Tage eine Erfahrung der ArbeiterInnenkontrolle machte, die erste in Frankreich seit den 1970er Jahren.



### Lehren aus dem Klassenkampf in Frankreich

# Der Beginn einer neuen Etappe

## Die Gewerkschaftsführungen Frankreichs haben die Rentenreform trotz des außerordentlichen Widerstands der ArbeiterInnen und der Jugend durchgehen lassen

Über fast zwei Monate hinweg haben die französischen ArbeiterInnen zusammen mit der kämpferischen SchülerInnen- und Studierendenbewegung eine imposante soziale Mobilisierung gegen das Projekt zur Rentenreform des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy angeführt. Acht mächtige Streikbewegungen, an denen Millionen DemonstrantInnen teilnahmen, unbefristete Streiks in strategischen Branchen, wie den Raffinerien und Häfen neben dem Streik der Bahnbeschäftigten, unzählige Blockaden von Unternehmen und öffentlichen Plätzen sowie Erdöllagern, angeführt von ArbeiterInnen und solidarischen AktivistInnen mit Unterstützung der SchülerInnen und einer kleinen universitären Avantgarde, erschütterten Frankreich.

Dieser außerordentliche Kampf, der sich auf eine sehr breite Unterstützung in mehr als 70% der Bevölkerung stützte, konnte letztendlich nicht die Verabschiedung der Reform, die am 9.11 von Sarkozy erlassen wurde, durch die Nationalversammlung und den Senat verhindern. Von jetzt an werden die Arbei-

ter erst zwischen dem 62 und 67 Lebensjahr Zugang zur Rente haben (anstatt ab dem 60 und 65 Lebensjahr). Mit dieser Maßnahme will Sarkozy ein Zeichen an die Märkte und die Bourgeoisie senden, damit die französischen Schuldverschreibungen nicht gesenkt werden und die Regierung nicht als nachgiebig gegenüber den Gewerkschaften angesehen wird. Doch alles weist darauf hin, dass die Regierung trotz der Verabschiedung des Gesetzes, ernsthafte Schwierigkeiten dabei haben wird, dies in einen ersten Schritt eines allgemeinen Angriffes auf andere Errungenschaften der Arbeiterklasse zu verwandeln, denn es ist mit starkem Widerstand zu rechnen.

## Die Zermürbungsstrategie der Bürokratie

Ein Hauptfaktor (neben der Härte, mit der Sarkozy auftrat) für die Niederlage waren die reformistischen Führungen der Gewerkschaftsverbände. Die zwei zentralen Gewerkschaften CFDT und CGT haben zu keinem Zeitpunkt gefordert, das Gesetz zur Rentenreform zurückzuziehen. Sie gaben sich damit zufrieden, von der Regierung Verhandlungen einzufordern. Die Gewerkschaftsverbände CFDT und CGT schlossen sich mit anderen Organisationen (Solidaires, CFTC-CFE/CGC-UNSA-FSU, FO) zu einem Bund zusammen, der mit seiner Zermürbungsstrategie vereinzelte, isolierte Aktionen anführte, die ganz zufällig in dem Momenten stärkerer Radikalisierung der Proteste noch weiter auseinander gezogen wurden, was zur Isolierung der verschiedenen Sektoren im Streik und auch zum Zusammenbruch desselben führte. So verloren die Massenmobilisierungen an Kraft und Rückhalt, wie die letzte Streikwelle am 6.11 zeigte. Der Aufruf zu einer erneuten Demonstration für den 23.11, nachdem das Gesetz verabschiedet worden war, reiht sich in dieselbe Strategie ein. So schafften sie es, Bestrebungen zu einem Generalstreik, die in einigen verlängerbaren Streiks (die ‚Grèves reconductibles', d.h., 24stündige Streiks, die verlängerbar und nicht von vornherein befristet sind) von Sektoren der Arbeiterschaft vorangetrieben wurden, abzublocken und erlaubten so außerdem, dass Sarkozy (trotz seiner Schwäche und der großen Unbeliebtheit seiner Regierung) das Gesetz verabschieden konnte.

## Erste Anzeichen von Selbstorganisation

Neben den Blockaden und verlängerbaren Streiks, die von zentralen Sektoren der Arbeiterschaft, wie an den Raffinerien, auch ohne Streikaufrufe der Gewerkschaftsführungen geführt wurden, war ein weiteres wichtiges Element, dass das Potenzial dieses Kampfes ausmachte, die entstandene Tendenz zur Selbstorganisation, die wenn auch verspätet, sich im Laufe des Protestes entwickelte. Dieses Bestreben zeigte sich in den berufs- und branchenübergreifenden Zusammenschlüssen (Interprofessionelle) die je nach Region und Stadt stark in ihren Eigenschaften variierten. In diesen interprofessionellen Versammlungen kamen die besten Aktivisten verschiedener sich im Streik befindender Branchen zusammen, oftmals gemeinsam mit SchülerInnen und der universitären Avantgarde, um gemeinsam lokale Aktionen zu diskutieren und eine regionale oder gar nationale Koordinierung der interprofessionellen Versammlungen zu schaffen, die in der Versammlung vom 6.11 in Tours mündeten, an der 22 Delegationen aus ganz Frankreich teilnahmen. Die fortschrittlichste Delegation kam aus der Hafenstadt Le Havre, die auf dem Höhepunkt des Protestes durchaus Elemente einer Koordinierungsfunktion der Komitees und Streikposten übernahm, die mit Mandaten in die Interprofessionelle kamen, die bis zum 5.November 17 Streik-




schriften veröffentlichte und fast 20.000 Euro für die Streikkasse sammeln konnte.

Wenn diese Tendenzen auch sehr beschränkt waren (jedoch ausgedehnter als in der Streikwelle von 1995) und nicht die Zersplitterung der gewerkschaftlichen Vertretungen insgesamt überwinden konnte oder eine Alternative zu der falschen „gewerkschaftlichen Einheit" mit der der Kampf verraten wurde, aufzeigen konnte, so stellen diese Tendenzen zur Selbstorganisation doch eine sehr wichtige Erfahrung für die Organisierung der kommenden Kämpfe dar.

## Ein tiefgreifender Prozess

Obgleich der erlittenen Niederlage, wird die Verabschiedung des Gesetzes zur Rentenreform kaum ausreichen um den tiefgreifenden Prozess zu beenden, der durch diesen Kampf zum Vorschein trat: Auf eindrucksvolle Art und Weise betraten ArbeiterInnen der Privatwirtschaft in Schlüsselpositionen die politische Arena. Dabei spielte auch eine radikalisierte Jugend eine beachtliche Rolle. Es kam eben zu einem Zusammenspiel, welches die Regierung, die Bourgeoisie und sogar die Gewerkschaftsführungen erschrecken ließ.

Auch wenn die Gewerkschaftsführungen die Rückkehr zur Arbeit an Schlüsselpositionen der Wirtschaft wie den Raffinerien oder der Müllabfuhr durchsetzten konnten, so fiel ihnen diese Aufgabe gar nicht leicht. Um nur einige Beispiele zu nennen: Die Hafenarbeiter von Fos-Lavera (bei Marseille) waren 33 Tage im Streik und sie stimmten erst am 27.10für die Wiederaufnahme der Arbeit. In der Raffinerie Donge von der TOTAL Gruppe musste die Gewerkschaftsführung die geheime Wahl durchsetzten um den Streik am 28.10 aufzuheben, genauso wie in anderen Raffinerien. Eine ähnliche Reaktion zeigten die Arbeiter der Müllabfuhr von Marseille, die widerwillig die Anweisung des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes FO akzeptierten, durch den streikbrecherischen Druck der „heiligen Einheit" bestehend aus Rechten

und der Sozialdemokratie (PS), den Streik aufzulösen, der die sanitäre Lage der Stadt ernsthaft verschlimmert hatte.

Unter den RaffineriearbeiterInnen, bei deren Versammlungen die Zustimmung für eine Aufrechterhaltung des Streiks ausgesprochen hoch war, verbreitet sich rasant die Wut. Wie in einem Artikel der Zeitung Le Monde zum Ausdruck gebracht wird, „wollen sich die Arbeiter, durch ihre neu gewonnene Solidarität gestärkt, trotz der Rückkehr zur Arbeit, nicht geschlagen geben" (s. Le Monde 29.10.2010).

Insgesamt lässt sich auch im privatwirtschaftlichen Sektor großer und kleinerer Betriebe, die in ihrer Mehrheit nicht gestreikt haben, beobachten, dass die gesamte Bewegung auch hier neue Anstöße und neuen Mut hervorgebracht hat. Dadurch können harte Kämpfe um Lohnerhöhungen und die Verbesserung von Arbeitsbedingungen sowie gegen Umstrukturierungen (also Werksschließungen und Entlassungen) angestoßen werden, wie es schon Teile der Bourgeoisie befürchten. Wie die Forscherin Evelyne Perrin meint: „was radikal neu ist, ist das Auftreten der Arbeiter aus dem privatwirtschaftlichen Bereich auf der politischen Arena, das erste mal so massiv und eben dort wo sie die Macht zur Blockade der Ökonomie hatten und sie führten dies mit einer einzigartigen Entschlossenheit und Dauer aus (…) Diese Entscheidungskraft über eine Blockade ist neu und hat eine neue Vorstellung mit sich gebracht" Dieser starke Anstoß hat in einigen Punkten bracheninterne Forderungen durchsetzen können und hat jetzt sogar, trotz der neuen Etappe, dazu geführt, dass Arbeiter des öffentlichen Dienstes wie die Beschäftigten der französischen Agentur für Arbeit Pôle Emploi einen Streik durchführten, wie auch die Leiharbeiter im Dienstleistungssektor an der Eliteschule ENS im Herzen Paris ihre direkte Anstellung und Lohnerhöhungen mit Unterstützung der Schüler fordern, ein Konflikt bei dem die Studierenden und Ehemaligen der CTR (Kollektiv für eine Revolutionäre Strömung) in der Neuen Antikapitalistischen Partei (NPA) eine zentrale Rolle spielen.

Die Bereitschaft unter der Mehrheit der Beschäftigten und der Jugend „Schluss damit!" zu fordern, und die Rentenreform (eine erste Reform einer Reihe von Angriffen, die einen eindeutigen Schritt zur Verschlechterung der Lebensbedingungen bedeuten) nicht durchkommen zu lassen, hat das soziale Klima dieser Tage verändert. Dieser Wandel ist tiefgründig und ist schwerlich durch die aktuelle Etappe, in der Sarkozy sich als vorübergehender Gewinner darstellen kann, aufzuheben.

## Die extreme Linke war keine Alternative zur Gewerkschaftsbürokratie

Die „radikale Linke" Frankreichs zeigte angesichts einer so starken sozialen Bewegung und des politischen Drucks und Reformismus der Gewerkschaftsführungen keine Alternative auf. Die Partei Lutte Ouvrière (LO) weigerte sich, die Losung eines Generalstreiks aufzunehmen und verfolgte während des ganzen Konfliktes eine absolute Nachtrabpolitik, die sich den Gewerkschaftsführungen anbiederte. In ihrem Leitartikel vom 8. November erklärte die LO-Führung unter Arlette Laguiller immer noch, dass „Die Gewerkschaftsverbände durch ihre aufeinanderfolgenden Mobilisierungsaufrufe die Entstehung der Protestbewegung ermöglicht haben". Die Bilanz, die sie zieht, geht nicht davon aus, dass das Ergebnis auf die Politik der reformistischen Führungen zurückzuführen ist, sondern, dass diese außerordentliche Mobilisierung in einem




Moment ungünstiger Kräfteverhältnisse zu Lasten der Arbeiter stattfand, auch wenn sich die Situation langsam ändere. Die LO hält daran fest, obwohl die Sarkozy Regierung unbeliebt und von politischer Schwäche geprägt ist und die Protestbewegung, die Frankreich gerade erschütterte, so mächtig war.

Auch bei der Neuen Antikapitalistischen Partei (NPA), obgleich viele ihrer Mitglieder in den ersten Reihen der Blockaden standen und die offizielle Position sich gegen das Rentengesetz und für das Abdanken Sarkozys richtete, war ihre zentrale Ausrichtung nicht auf den Aufruf zum Generalstreik ausgelegt, und in der Praxis gab es letztendlich keine einheitliche politische Ausrichtung.

Die Wortführer der NPA, Olivier Besancenot und Alain Krivine, übten nicht die geringste öffentliche Kritik an der Politik der reformistischen Gewerkschaftsführungen. Auch eine aktive Unterstützung der Bewegung von interprofessionellen Versammlungen wurde mit einigen Ausnahmen nicht von der NPA-Führung angestrebt.

Wir vom Kollektiv für eine Revolutionäre Strömung (CTR) in der NPA haben mit all unseren Kräften an diesem Prozess teilgenommen und immer klar die Notwendigkeit eines Aufrufes zum Generalstreik angeführt um gegen die Reform und die Sarkozy Regierung zu kämpfen. Genauso treten wir für die die Notwendigkeit ein, die Selbstorganisation der Arbeiter durch Vollversammlungen, Streikkomitees und die interprofessionellen Generalversammlungen mit Mandaten auszuweiten, sowie die Einheit zwischen ArbeiterInnen und der Jugend zu fördern. Diese Ziele sind Teil einer Ausrichtung, die die strategischen Spaltungen und den Druck durch die offiziellen Führungen überwinden kann. Sie sind Teil unseres Kampfes um in Richtung einer revolutionären NPA voran zu schreiten, die in der Arbeiterklasse und Jugend verankert ist.

*von Juan Chingo, FT-CI, Paris, 11. November 2010*
*Übersetzung: Antje Berlinger, FT-CI*

# Revolutionäre Plattform in der NPA gebildet

## Manuel Georget und Vincent Duse im Interview über die Plattform 4 für den Kongress der Neuen Antikapitalistischen Partei (NPA)

*Manuel Georget und Vincent Duse sind zwei der wichtigsten Arbeitervertreter der Plattform 4. Georget ist Generalsekretär der Gewerkschaft CGT EGP Dreux und Delegierter [Vertrauensmann] in der Philips-Fernsehfabrik in Dreux. Die Fabrik ist vor Kurzem geschlossen worden, nach Jahren des Kampfs gegen Entlassungen und Standortverlagerung, die in einer kurzen Erfahrung der Produktion unter ArbeiterInnenkontrolle im letzten Januar gipfelten. Georget war fast 30 Jahre lang Mitglied der Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR), der Vorläuferorganisation der NPA. Er führte die KandidatInnenliste der NPA im Departement Eure-et-Loir bei den letzten Regionalwahlen an und ist ein Mitglied der Koordinierung des Kollektivs für eine Revolutionäre Tendenz (CTR). Duse ist Arbeiter in der Peugeot-Fabrik in Mulhouse, wo mehr als 10.000 ArbeiterInnen angestellt sind, und seit 10 Jahren Generalsekretär der CGT in der Fabrik. Er ist ein Mitglied des Nationalen Politischen Komitees der NPA und der Koordinierung des CTR.*

*Im Februar wird die NPA ihren zweiten Kongress abhalten, den ersten seit dem Gründungskongress. Unter den Tendenzen, die alternative Positionen und Dokumente für den Kongress vorlegen, ist die Plattform 4, die durch das CTR ins Leben gerufen wurde, und in der GenossInnen der FT-CI Mitglied sind. Die Plattform 4 wurde ursprünglich von der Mehrheit des Nationalen Politischen Komitees (CPN) mit der Begründung abgewiesen, dass sie gegen die Gründungsprinzipien der Partei verstoßen würde. Nach einer demokratischen Kampagne und Solidaritätsbekundungen von AktivistInnen und Führungsmitgliedern, die diesen Angriff auf grundlegende demokratische Rechte ablehnten, und mit der Wende der politischen Situation, die durch die starke Massenbewegung auf den Straßen Frankreichs herbeigeführt wurde, wurde die Plattform allerdings von der letzten Sitzung des CPN akzeptiert. Dies ist ein demokratischer und politischer Sieg für RevolutionärInnen.*

*Pierre-François Grond von der Nationalen Exekutive der NPA sagte der Nachrichtenagentur AFP im Anschluss an die CPN-Sitzung: „Eine vierte Tendenz ist auch um einen Arbeiter von Peugeot Mulhouse gebildet worden, um ‚die NPA als eine revolutionäre trotzkistische Partei neu zu definieren' „.*

**Ihr habt eine Plattform für den anstehenden NPA-Kongress aufgestellt. Wie wurde sie gebildet, und was ist der Unterschied zwischen ihr und den anderen drei Plattformen?**

**Manuel Georget:** Wir sind Mitglieder der NPA aus verschiedenen Backgrounds, und die meisten von uns unterstützten die Plattform B in der nationalen Mitgliederbefragung der Partei über die Regionalwahlen. Sie war die einzige Plattform, die gegen Wahlbündnisse


Manuel Georget

mit der Linken Front (Front de Gauche) war. Damals wurde uns klar, dass das Problem über die Wahlfrage hinausging, dass es darum ging, was für eine Partei wir aufbauen wollen. Angesichts des Scheiterns der Diskussionen mit der Plattform B und ihrer Abneigung, im Kampf gegen das Projekt einer „breiten Partei“ bzw. für eine wirklich revolutionäre Partei bis zum Ende zu gehen, entschieden wir uns dafür, uns für die Gründung einer revolutionären Tendenz einzusetzen, und mit der Vorbereitung eines alternativen Programms und einer alternativen Orientierung zu beginnen (alternativ zur gegenwärtigen Führung und zu allen drei Plattformen, die sich während der Debatte über die Regionalwahlen gebildet hatten). Wir forderten dann alle GenossInnen, die eine revolutionäre NPA wollten, dazu auf, diesen Aufruf zu unterstützen, damit wir vorankommen und die revolutionäre Tendenz politische Wirklichkeit werden kann.

Es war notwendig, die Politik der Führung und der rechten Elemente in der NPA herauszufordern, die die Partei in eine Sackgasse führen. Es war notwendig, einen ideologischen und politischen Kampf zu führen, damit die NPA eine revolutionäre Partei wird, eine Partei, die die Tradition der großen revolutionären marxistischen DenkerInnen Marx, Engels, Rosa Luxemburg, Lenin und Trotzki aufnimmt, und ein echtes Werkzeug in der Hand von bewussten ArbeiterInnen wird, um den Kapitalismus zu stürzen, den Staat zu zerschlagen und eine eigene Regierung zu bilden.

**Vincent Duse:** Ich war Teil der Gruppe von Mitgliedern des CPN, die die Plattform B schufen. Nach einer Weile war ich von der Notwendigkeit überzeugt, eine revolutionäre marxistische Tendenz innerhalb der NPA aufzubauen, aber später begriff ich, dass die Führung der Plattform B nicht bereit war, dies zu tun. Alles, was sie wollten, war die Bildung einer ‚neuen Mehrheit‘ durch einen Kompromiss mit einem Teil der Führungsmehrheit. Dann entschied ich mich zusammen mit anderen GenossInnen aus dem Elsass dafür, die Plattform B zu verlassen und das CTR aufzubauen. Danach lernte ich die GenossInnen der FT-CI kennen, mit denen wir viele politische Ansichten teilen. Sie sprachen mit mir über ihr Projekt, eine Tendenz mit denjenigen aufzubauen, die bereits in der Tendenz CLAIRE waren, sowie mit anderen ArbeiterInnen und GenossInnen wie Manu, die sich diesem Projekt verpflichteten.

Was uns von den restlichen NPA-Plattformen unterscheidet, ist meiner Meinung nach, dass wir die Einzigen sind, die offen für eine revolutionäre ArbeiterInnenpartei kämpfen und die Zweideutigkeiten der NPA zurückweisen. Deshalb müssen wir so viel Repression durch die Führung ertragen, die kurz davor war, die Statute der Partei zu zerreißen und unsere Plattform nicht zu bestätigen, wozu sie kein Recht hat, besonders weil ich Mitglied der Führung war! Schließ-

lich wurde sie gezwungen, unsere Plattform doch noch zu bestätigen, obwohl sie nicht aufgehört hat, mit der Anklage, dass wir der Partei gegenüber feindlich sind eine dauerhafte Kampagne gegen uns zu führen.

**Wir haben die Ereignisse in Frankreich im letzten Herbst verfolgt. Wie war Eure Beteiligung, und welche Bilanz zieht Ihr aus der Bewegung?**

**Vincent Duse:** Die erste Schlussfolgerung besteht darin, dass – ganz unabhängig vom unmittelbaren Ergebnis des Konflikts – die ArbeiterInnenklasse ihr Haupt erhoben hat. Gegen das ganze Gerede von Sarkozy und den Bossen zeigten Sektoren des Industrieproletariats wie die Raffinerie- und die Hafen-ArbeiterInnen, dass ohne sie das Land nicht funktionieren konnte. Und auch wenn die Regierung es schließlich dank der aktiven Mitarbeit der Gewerkschaftsführungen schaffte, ihre Reform durchzubringen, so konnte doch diese sehr wichtige Lehre nicht einfach weggewischt werden, die den Anfang einer Wiederherstellung des Vertrauens der ArbeiterInnenklasse in ihre eigenen Kräften erlaubt. Diese Lehre wirkt weiter, sogar im Fall von ArbeiterInnen, die nicht Teil des Streiks waren, wie die AutoarbeiterInnen. Bei Peugeot war es überraschend, wie die ArbeiterInnen, die nicht streikten, sich freuten, als wir das ganze Werk zwei Stunden lang blockierten. In den Fabriken gibt es eine neue Politisierung und viel Unzufriedenheit, vor allem unter jungen Leuten mit prekären Verträgen. Es ist eine Zeitbombe, die früher oder später explodieren wird.

In dieser Situation hätte eine landesweite Partei wie die NPA eine sehr wichtige Rolle spielen können, wenn: 1) sie wirklich dort verankert wäre, wo die ArbeiterInnenklasse konzentriert ist; 2) sie ein klares Programm


Vincent Duse und Olivier Besancenot

hätte, um die Frage des Generalstreiks und der politischen Macht zu artikulieren; 3) sie die Selbstorganisation auf allen Ebenen fördern würde, sei es in Streikkomitees oder in den „Interprofessionelles“ [betriebs- und branchenübergreifende Versammlungen]. Alles in allem stärkt unsere Bilanz der Bewegung unsere Entschlossenheit, für eine revolutionäre ArbeiterInnenpartei zu kämpfen.

**Manuel Georget:** Im Departement Eure-et-Loir haben wir dafür gekämpft, entgegen der Politik der nationalen Bürokratie eine radikalere Tendenz in der CGT aufzubauen. Diese Tendenz hat es geschafft, einen gewissen Druck auf die Gewerkschaftsführungen auf Departement-Ebene auszuüben, die deswegen die Kämpfe der radikalisiertesten Sektoren unterstützen mussten. Mehrere Wochen lang organisierten wir „Interprofessionelles“-Versammlungen der CGT, Blockaden von Industriebetrieben, den freien Zugang an Mautstellen, und das Entsenden von ArbeiterInnendelegationen, um andere Streikposten wie die der Total-Raffinerie in Grandpuits zu unterstützen.

Eine junge Genossin von uns, eine Schülerin von der Revolutionären Tendenz im NPA-Komitee von Chartres, war an der Spitze der SchülerInnenbewegung. Sie verstand es im Rahmen des Kampfs, die politische Perspektive aufzuzeigen bis sie zum berechtigten Sprachrohr der radikalisierten Jugend wurde.

Jedoch zeigt uns die Krise, dass wir uns auf noch zugespitztere Situationen als die gerade erlebten, vorbereiten sollten. Auch bei dieser starken Mobilisierung – trotz der Tatsache, dass sich ein politisches Bewusstsein in der Arbeiterklasse zu entwickeln beginnt – haben wir es bis jetzt nicht geschafft, die Frage der Macht in den Mittelpunkt zu stellen, und noch hat sich keine revolutionäre Situation entwickelt. Wir sollten uns jedoch auf eine revolutionäre Situation in der nahen Zukunft vorbereiten. Diese Bewegung endete weder mit einer echten Niederlage für die ArbeiterInnenklasse noch mit einem echten Sieg der Bourgeoisie, obwohl letztere mit der Unterstützung der Gewerkschaftsdachverbände rechnen konnte, die nie die Polizeirepression gegen ArbeiterInnen verurteilten, genauso wenig wie die Räumung der Raffinerien und die Unterdrückung des Streikrechts. In der Frage des Generalstreiks wollten sie nie Partei ergreifen – obwohl das die einzige Alternative war, die zu einem Sieg hätte führen können. Das Ergebnis des Krieges wird in zukünftigen Schlachten entschieden, und unsere Klasse muss auf der Hut sein. In diesem Sinne war der Kampf gegen die Rentenreform, als eine Art Generalprobe, gar nicht so schlecht.

**Europa ist das Epizentrum der Widersprüche der kapitalistischen Krise. Nach Griechenland und Irland haben wir gesehen, dass Spanien und Portugal in dieser Woche mit ihren wirtschaftlichen Schwierigkeiten und dem Widerstand der ArbeiterInnen auf den Titelseiten der Zeitungen waren. Wie versucht die Plattform 4, sich dieser Situation zu stellen?**

**Manuel Georget:** Die Situation in Europa ist sehr ernst. Insbesondere nach den Protesten in Griechenland, Frankreich und Spanien ist es notwendig, genau auf die politische Situation in Europa zu achten, sowie die Entwicklungen der Krise in der EU (das Rettungspaket für Irland, die Zerbrechlichkeit der portugiesischen Wirtschaft usw.) und die neuen Angriffe (wie Maßnahmen der Kurzarbeit und des „Lohnverzichts" in Frankreich usw.) zu analysieren.

Die mächtigen KapitalistInnen, die einen Angriff auf alle sozialen und demokratischen Errungenschaften auf dem Kontinent organisieren, fordern den ArbeiterInnen immer größere Opfer ab: Alles wird mit dem Ziel durch den Fleischwolf gedreht, immer saftigere Gewinne für die winzige Minderheit zu erzeugen, die die ArbeiterInnenklasse erwürgt. Das Epizentrum der Krise ist Europa, und während sie sich hier ausbreitet, droht sie, sich auf andere Kontinente auszustrecken. Angesichts dieser Ausweitung, sei es in Europa oder anderswo, werden sich die ArbeiterInnen und Jugendlichen erheben.

Um jedoch gegen den Kapitalismus und die bürgerlichen Staaten kämpfen zu können, müssen die ArbeiterInnen ein Klassenbewusstsein erlangen – d.h. sie müssen ein Bewusstsein ihrer gesellschaftlichen Rolle gemäß der marxistischen Theorie erlangen –, und Vertrauen in ihre Fähigkeit gewinnen, die Gesellschaft zu organisieren, ohne sich der herrschenden Klasse unterzuordnen. Das ist die Bedeutung unseres Kampfs innerhalb der NPA.

*Interview: FT-CI, 2. Dezember 2010*
*Übersetzung: Systemcrash, für RIO*

# 10 Tage ArbeiterInnen-kontrolle in Frankreich

## Interview mit Manu Georget, Gewerkschaftsführer der CGT von Philips Dreux

**Wie bist du zur Fabrik Philips gekommen, wann hast du angefangen, dort zu arbeiten?**

Ich fing 1987 an, bei Philips in Dreux zu arbeiten. Dort gab es zwei Montagewerke für Fernsehgeräte. Damals gab es 7.000 ArbeiterInnen, die zusammen mit den prekär Beschäftigten ca. 12.000 Beschäftigte in der Fabrik ausmachten.

Es gab mehrere wichtige Kämpfe in den 80er Jahren. Aber einer der wichtigsten Kämpfe fand 1997 statt, als die Festangestellten und prekär Beschäftigten zusammen für gleiche Arbeits- und Lohnbedingungen der prekär Beschäftigten und Festangestellten gekämpft haben. Von nun an fing Philips an, Sparten der Produktion auszulagern. Dafür gründeten sie ein Joint Venture mit dem Unternehmen LG, wohl um sich der Verantwortung zu entziehen. Von dem Zeitpunkt an gab es Personalentlassungen.

**Wie fing deine politische Tätigkeit in der Fabrik an?**

Es ging los als ich im oberen Werk arbeitete, das sogenannte „Radio 1". Es hieß so, weil das Werk, als das Unternehmen noch in staatlicher Hand lag, Radiola hieß. Dieses Unternehmen war in zwei Werke geteilt: Radio 1 und Radio 2. Ich arbeitete im Bereich der Komponentenherstellung, dort war die Arbeit am konzentriertesten. Im anderen Werk arbeiteten überwiegend Frauen und dort wurden die Geräte zusammenmontiert. Also, ich wurde zum Werk „Radio 2" versetzt, zu den Frauen. In diesem Werk hatten noch nie Streiks stattgefunden, und die Gewerkschaft CGT wurde von einer jungen Kollegin, einer Ingenieurin, geleitet. Ich wollte das Feld testen und aus dem Test wurde ein Streik um Lohnerhöhungen. Da sah ich, dass die Kollegin nicht nur den Streik voll mitgetragen hat, sondern es auch schaffte, dass ich als Gewerkschaftsdelegierter anerkannt wurde, damit ich nicht aus dem Unternehmen rausfliege, weil ich in den Streik verwickelt war.

Zusammen mit dieser Kollegin haben wir angefangen, die Gewerkschaft CGT bei Philips aufzubauen. Für uns sollte die Gewerkschaft eine Gewerkschaft der Massen mit klassenkämpferischem Charakter sein, jedoch merkten wir, dass wir uns dafür von der verräterischen Politik der Mehrheit der CGT trennen müssen.

**Wie habt ihr angefangen, die Gewerkschaft zu organisieren?**

Um eine eigene Gewerkschaft, eine „abtrünnige" CGT, aufzubauen, mussten wir uns legal absichern. Gleichzeitig haben wir dafür gekämpft, dass leitende Angestellte nicht bei den Fabrikwahlen abstimmen konnten. Früher gab es drei Kategorien oder Sektoren, die sich an den Wahlen beteiligt hatten: die ArbeiterInnen, das technische Personal und die




(Verwaltungs-)angestellten, und die Angestellten konnten bei den Wahlen der ArbeiterInnen abstimmen. Die ArbeiterInnen und das technische Personal konnten aber lediglich in ihrem eigenen Sektor abstimmen, die Angestellten dagegen konnten in ihrem eigenen Sektor, und in dem der ArbeiterInnen abstimmen.

Wenn eine Fabrik sehr groß ist, wegen der Anzahl der Beschäftigten, richtet diese Situation keine größeren Schäden an, aber angesichts der großen Anzahl der bis dahin vorgenommenen Entlassungen konnten auf einmal die Angestellten kommen, und über die Politik der ArbeiterInnen entscheiden. Diese Situation zu ändern, war das Erste, was wir als abtrünnige CGT mit initiiert haben.

Es wurde zu einem wichtigen juristischen Kampf, der aber sehr lang gedauert hat. Letztendlich haben wir ihn gewonnen. Dies wurde sogar zu einem bindenden Gesetz für alle ArbeiterInnen Frankreichs. Von nun an haben wir die Politik verfolgt, die abtrünnige CGT von Philips aus, auf andere Sektoren der Region auszuweiten. So haben wir eine Art Koordination mit den Arbeitern zahlreicher Sektoren der Industrie und des Handels in Dreux auf die Beine gestellt. So haben wir es geschafft, die Finanzen der Gewerkschaft zu stärken, wir konnten Politik betreiben, wir haben angefangen eine monatliche Gewerkschaftszeitung herauszugeben.

**Wie habt ihr gegen die Entlassungswellen der letzten Jahre gekämpft?**

2003 gab es eine erste Entlassungswelle aufgrund des technologischen Wandels von der Kathodenstrahlröhre zum LCD: Damals startete das Unternehmen eine erste Entlassungswelle mit der Kündigung von 250 ArbeiterInnen. Es war ein sehr harter und

langer Kampf, der mit dem Verrat der gelben Gewerkschaft zu Ende ging, die vom Unternehmen ein paar Jahre zuvor auf die Beine gestellt worden war, um unsere Hegemonie in der Fabrik zu brechen.

2008 fand wieder eine Entlassungswelle statt, und der Streik war noch härter und dauerte 11 Wochen an. Die ArbeiterInnen kämpften um den Erhalt der Arbeitsplätze, nicht um Abfindungen. Dieser Streik war außerdem offensiv, denn die KollegInnen haben nicht nur einen Streikposten vor dem Fabriktor aufgestellt sondern sie entschieden sich auch dazu, das gesamte Industriegebiet von Dreux zu blockieren. Dafür stellten sie mehrere Streikposten um andere Fabriken der Stadt auf und hielten außerdem zwei Versammlungen pro Tag ab. 11 Wochen lang hat dieser unbefristete Streik die Unterstützung vieler KollegInnen erfahren. In der Tat blockierte er das ganze Industriegebiet, die LKWs konnten die Fabriken der Zone nicht erreichen, wegen den Streikposten der ArbeiterInnen von Philips.

Nach 11 Wochen Streik unterschrieb die gelbe Gewerkschaft Force Ouvrière, die sich am Streik nicht beteiligt hatte und zum Streikanfang von den Arbeitern selbst aus dem Konflikt ausgeschlossen worden war, ohne vorherige beratende Versammlung mit den Arbeitern, eine Vereinbarung mit dem Unternehmen, die die Entlassungen annahm. 2008 wurden insgesamt 287 KollegInnen entlassen. Force Ouvrière unterschrieb dabei nicht nur die Vereinbarung, die die Entlassungen ermöglichte, sie vereinbarte auch mit dem Unternehmen und dem Arbeitsministerium eine Vereinbarung, die die Möglichkeit der Entlassung der Gewerkschaftsdelegierten, jedoch nur die aus der CGT, vorsah. Man muss sich vor Augen halten, dass diese 287 entlassenen KollegInnen die radikale Basis in der Fabrik waren, sie waren die Basis der CGT.

Damals wurde ich selbst nicht entlassen, aber ich blieb allein in der Gewerkschaft, da sie alle meine KollegInnen entlassen hatten. So haben wir den Kampf aufgenommen, um die Wiedereinstellung der KollegInnen der CGT zu erreichen.

**Wie begann der Koordinierungsprozess mit anderen Sektoren im Kampf?**

Da habe ich verstanden, dass das, was wir auf lokaler Ebene bezüglich Koordinierung und Aktionen in Dreux gemacht hatten, auch auf Landesebene gemacht werden sollte. Daraufhin bin ich ins Auto eingestiegen, und habe angefangen die Fabriken zu besuchen, die sich auch in Arbeitskonflikten befanden. So lernte ich nach und nach die ArbeiterführerInnen von wichtigen Arbeitskämpfen wie bei Molex, Continental und Goodyear kennen, und blieb mit ihnen in Kontakt, da sie die fortschrittlichsten Avantgardesektoren der Arbeiterschaft darstellen. Außerdem war das Ziel die Kämpfe zusammenzuführen. Mit diesen Sektoren haben wir angefangen, die erste Oppositionstendenz in der Geschichte der CGT aufzubauen. Diese Strömung stellt die Weichen für eine klassenkämpferische Gewerkschaft der Massen. Von da an fingen viele an, die bei der CGT waren, sich zu organisieren. So haben wir eine Versammlung einberufen, um eben diese gewerkschaftliche Opposition in der CGT zu organisieren.

Wir haben einen juristischen Kampf geführt und so erreichten wir die Wiedereinstellung der Gewerkschaftsdelegierten der CGT in Dreux. Die Justiz hat uns Recht zugesprochen, da die vom Unternehmen angegebenen ökonomischen Gründe nicht gerechtfertigt seien. So hat man die Wiedereinstellung der Gewerkschaftsdelegierten erreicht. Der Prozess um die Wiedereinstellung aller Entlassenen von 2008 geht unterdessen noch

weiter (wenn auch sehr langsam).

Der übliche Ton in Frankreich im Jahr 2009 war von dem was man als „Teilentlassung“ kennt (Kurzarbeit, A.d.Ü.) bestimmt. D.h. die Unternehmer zwingen die Arbeiter für wenige Stunden zu arbeiten, da es keinen Produktionsbedarf gäbe. Das war einer der Gründe dafür, dass die Demonstrationen Anfang 2009 so massiv waren. Bei Philips konnte man beobachten, dass das Unternehmen die Schließung der Fabrik vorbereitete, obwohl die Sache mit den 2008 vorgenommenen Entlassungen noch nicht gelöst war. Dennoch war für uns klar, dass das Unternehmen wieder einmal in die Offensive überging. So habe ich mit meiner Kollegin Natalie angefangen, über Alternativen nachzudenken, an die ArbeiterInnenkontrolle..., und da sagten wir uns, wir werden keinen Streik mehr machen mit Bratwürstchen vom Grill und so weiter, wir müssen in die Offensive gehen.

Der Koordinierungsprozess wurde weiterhin vorangetrieben und im Juli 2009 haben wir das „Kollektiv gegen die verbrecherischen Bosse“ auf die Beine gestellt. Als die Fabrik New Fabris geschlossen werden sollte, haben die ArbeiterInnen gedroht, die Fabrik mit einem Gastank in die Luft zu jagen. Sie haben zu einer Demo durch die Stadt Ende Juli aufgerufen, also mitten im Sommer, und es kamen 3000 Personen zusammen, was sehr unüblich für Frankreich ist. Von nun an, wurden weiterhin Versammlungen in verschiedenen Städten mit Avantgardesektoren organisiert, und es wurde beschlossen, eine große Veranstaltung zu machen, bei der mehr als 1000 Personen zusammen kamen. Später wurde eine Demo in Paris veranstaltet, zu der von Sektoren der proletarischen Avantgarde aufgerufen worden war.

**Wie war die Erfahrung der ArbeiterInnenkontrolle, die ihr in Philips gemacht habt?**

Bei einer von den ArbeiterInnen organisierten Feier im November 2009 wurde zum ersten Mal über die ArbeiterInnenkontrolle geredet. Als wir im Januar 2010 vom Urlaub zurückkamen, organisierten wir eine Versammlung, um mit der Belegschaft zu diskutieren, obwohl dies sehr schwer war, da 2008 fast die gesamte Basis der CGT entlassen worden war. Die KollegInnen, die im Betrieb geblieben waren, hatten noch nie an einem Streik mitgewirkt, und als wir alle sahen, wie das Unternehmen mit der Schließung drohte, haben genau diese KollegInnen zu uns gesagt: „Ihr redet immer von ArbeiterInnenkontrolle. Wieso versuchen wir es nicht?“.

Am Anfang, als wir die ersten Schritte in Richtung ArbeiterInnenkontrolle machten, gab es KollegInnen die sagten: „Ich werde von niemandem kontrolliert“. Dann kam ein anderer Arbeiter und sagte zu ihnen: „wenn ihr Eurer Schicksal nicht in Eure eigenen Händen nehmen wollt, dann werden wir Bankrott gehen und der Boss wird uns auffressen“. Und so haben wir alle die Arbeit aufgenommen. Da die Verwaltungsangestellten sich auch am Prozess der ArbeiterInnenkontrolle beteiligt haben, konnten sie als erstes einige mit Teilen zur Herstellung von Fernsehgeräten beladenen LKWs umleiten, um uns fehlende Produktionskomponenten sicher zu stellen. Diese sollten eigentlich nach Ungarn fahren, sie haben sie aber zu unserer Fabrik umgeleitet und dann haben wir angefangen zu produzieren.

Wir hatten nicht viel zum Produzieren. Es gab lediglich Komponenten für 5000 Fernsehgeräte, aber wir konnten das Wichtigste beweisen, nämlich dass die Fabrik doch funktionierte und dass man die Löhne der Beschäftigten weiterhin zahlen konnte. Uns hat aber die Zeit gefehlt, denn wir konnten die von uns hergestellten Fernsehgeräte nicht verkaufen. Das Interessante daran war,



dass während der sehr kurzen Zeit von ArbeiterInnenkontrolle, nämlich in nur 10 Tagen, einige große Handelsketten begannen uns anzurufen, um sich nach dem Verkaufspreis der Geräte zu erkundigen. Wir konnten wenige von den von uns produzierten Geräten absetzen. Dies hat jedoch gereicht, damit die ArbeiterInnen angefangen haben zu verstehen, dass wenn man ein Fernsehgerät zu einem Preis von 600 Euro verkaufen kann, bei einer Produktion von 5000 Geräten und einer Belegschaft von 147 ArbeiterInnen, in einem Monat bis zu 20.000 Euro pro ArbeiterIn zusammen kommt. Eine Summe, die man sonst nicht mal mit der Arbeit eines ganzen Jahres erzielen kann.

Zu diesem Zeitpunkt ruft die Geschäftsführung von Philips Frankreich die Gewerkschaften auf, in die Zentrale zu kommen, denn die ausgeübte ArbeiterInnenkontrolle sei illegal. Die CGT antwortete, dass sie nichts damit zu tun hätte, dass dies eine Entscheidung allein der ArbeiterInnen sei. Auch Force Ouvriére behauptete, dass sie nichts damit zu tun hätten, und dass das Unternehmen mit ihrer Fabrik alles tun und lassen könnte, sogar sie wieder unter seine Kontrolle zu bringen. Das Unternehmen fing an, enormen Druck auszuüben: mit einem privaten Sicherheitsdienst, mit Staatsanwälten, die in die Fabrik kamen um mit Prozessen gegen neun KollegInnen zu drohen. Sie haben gedroht, dass diese neun ArbeiterInnen für alles verantwortlich wären, was in der Fabrik geschieht, denn dies sei „illegal" gewesen. Aufgrund der Drohungen seitens des Unternehmens, haben die Beschäftigten unter der Mitwirkung von Force Ouvriere, das Ende der ArbeiterInnenkontrolle beschlossen. Wir haben argumentiert, dass es notwendig sei, die ArbeiterInnenkontrolle aufrecht zu halten, denn wir konnten uns auf den richterlichen

Beschluss berufen, der zu unserem Gunsten ausgefallen war. Dieser Beschluss besagte, dass die vom Unternehmen für die Fabrikschließung angegeben wirtschaftlichen Gründe nicht gültig seien.

Mitte Februar 2010 bekamen ArbeiterInnen Telegramme, auf denen stand, dass sie am Montag nicht zur Arbeit gehen sollten, denn die Fabrik sei geschlossen worden. Wir von der CGT haben nichts ausgelassen: wir haben alle angerufen, wir haben die Medien bestellt, wir haben die KollegInnen aufgerufen, den Brief des Unternehmens einfach zu ignorieren, und am Montag sind alle bei der Arbeit erschienen. An diesem Montag haben wir auch erfahren, dass manche KollegInnen ein weiteres Telegramm vom Unternehmen bekommen hatten, in dem das Unternehmen ihnen das Angebot unterbreitete, sie wieder einzustellen. Die Bedingungen waren folgende: Ein Umzug zur Produktionsstätte nach Ungarn, einen Monatslohn von 450 Euro, und als weitere Bedingung verlangte das Unternehmen fließend Ungarisch zu sprechen. Das war ein Skandal, alle waren entsetzt, denn sie boten den französischen ArbeiterInnen einen Monatslohn von 450 Euro. Aber niemand zeigte sich empört, dass die ungarischen ArbeiterInnen eben schon längst für 450 Euro arbeiten müssen. In diesem Moment wurde der Konflikt landesweit bekannt, und mitten im Skandal sprang der Industrieminister auf, um Philips zu verteidigen. Er sagte, die Führung von Philips bestünde nicht aus Verbrechern, gleichzeitig lud er die ArbeiterInnen und Gewerkschaften zu einem Gespräch nach Paris ein.

Es verging eine weitere Woche, und während die Streikposten noch aufrecht erhalten wurden, wurde ein Justizurteil bekannt. Darin war zu lesen, dass die Aussperrung illegal war, und dass das Unternehmen die Produktion wieder aufnehmen sollte. Genau am selben Tag hatte die Unternehmensleitung den Produktionsstopp bekannt gegeben. Drei Tage nach diesem wichtigen Sieg, vereinbarten das Unternehmen und die Gewerkschaft Force Ouvrière die Schließung der Fabrik, als Gegenleistung wurden Abfindungen vereinbart. In Frankreich gibt es einen skandalösen Mechanismus, der erlaubt, dass sogar eine Minderheitsgewerkschaft, die nicht die Unterstützung der ArbeiterInnen hat, eine Vereinbarung mit dem Unternehmen treffen darf.

Bei Philips Dreux haben wir eine Erfahrung mit der ArbeiterInnenkontrolle gemacht, die zwar in einer Niederlage endete aber uns einen alternativen Weg aufzeigte. Eine Kampfalternative zu der von Reformisten verfolgten Strategie, die sich heute in Frankreich darauf beschränkt, bessere Abfindungen auszuhandeln. Unsere Niederlage bei Philips geht auf das Konto der Gewerkschaftsbürokratie und der gelben Gewerkschaften, die die ArbeiterInnenklasse verraten haben. Auf der anderen Seite hat die ArbeiterInnenkontrolle zu einer Bewusstwerdung einer anderen möglichen Alternative in Frankreich und Europa geführt. Um zu siegen, lautet die Alternative: Kämpfen!

*Interview: FT-CI, Übersetzung: Antje Berlinger*

# Glossar

**CAC 40: Cotation Assistée en Continu [fortlaufende Notierung]:** Leitindex der 40 führenden französischen Aktiengesellschaften, die an der Pariser Börse gehandelt werden.
**CFDT: Confédération française démocratique du travail [Französischer Demokratischer Gewerkschaftsbund]:** Größter französischer Gewerkschaftsbund, der traditionell der Sozialdemokratie nahe stand.
**CFTC: Confédération française des travailleurs chrétiens [Französischer Bund christlicher Arbeiter]:** Kleiner französischer Gewerkschaftsbund, der traditionell den konservativen Kräften nahe stand.
**CGT: Confédération générale du travail [Allgemeiner Gewerkschaftsbund]:** Zweitgrößter französischer Gewerkschaftsbund, der traditionell eher der Kommunistischen Partei nahe stand.
**CTR: Collectif pour une Tendance Révolutionnaire [Kollektiv für eine Revolutionäre Tendenz]:** Strömung innerhalb der NPA, in der die französischen Mitglieder der FT-CI aktiv sind.
**CPE: Contrat Première Embauche [Vertrag zur Ersteinstellung]:** Teil eines neuen französischen Arbeitsgesetztes von 2006, das u.a. beinhalten sollte, Jugendliche unter 26 ohne Sozialabgaben und Kündigungsschutz einstellen zu können. Der Vertrag wurde durch massiven Widerstand der französischen Jugend und ArbeiterInnenklasse zurückgenommen.
**Front de Gauche [Linksfront]:** Wahlplattform zwischen der französischen Linkspartei [Partie de gauche] und der PCF, die zu den Europawahlen 2009 gegründet wurde.
**FO: Force ouvrière [Arbeitermacht]:** Einer der vier bedeutenden Gewerkschaftsbünde in Frankreich, Abspaltung nach rechts vom CGT.
**FN: Front National [Nationale Front]:** Französische Rechtsextreme Partei
**Gelbe Gewerkschaft:** Gelbe Gewerkschaften sind solche, die dem gewerkschaftlichen Kampf offensiv entgegenwirken, um die Interessen eines Unternehmens durchzusetzen. Im Unterschied zu reformistischen Gewerkschaften, deren bürokratisierte Führungen dies auch tun, werden gelbe Gewerkschaften von vornherein mit der finanziellen Unterstützung der KapitalistInnen gegründet, um in ihrer Gesamtheit, also auch an der Basis, bewusst gegen die Interessen der ArbeiterInnen vorzugehen und ihre Methoden, wie Streiks etc. zu brechen.
**UMP: Union pour un mouvement populaire [Union für eine Volksbewegung]:** Französisches Parteibündnis der konservativen Kräfte, die sich um Jaques Chiracs Präsidentschaftswahl sammelten und aktuell den Präsidenten Frankreichs, Nicolas Sarcozy, stellen.
**PCF: Parti Communiste Français [Kommunistische Partei Frankreichs]:** Reformistische, „eurokommunistische" Partei Frankreichs.
**PS: Parti socialiste [Sozialistische Partei]:** Sozialdemokratische Partei Frankreichs.
**NPA: Nouveau Parti Anticapitaliste [Neue Antikapitalistische Partei]:** Zentristische Nachfolgepartei der LCR (s.u.) mit einer neuen Ausrichtung und mehreren BündnispartnerInnen, die unter der aktuellen Führung von Olivier Besancenot einen eher moderaten Kurs eingeschlagen hat, aber auch einen kleineren revolutionären Flügel beinhaltet.
**LCR: Ligue communiste révolutionnaire [Revolutionär-kommunistische Liga]:** Zentristische trotzkistische Partei, die bis zu ihrer Auflösung 2009 in der NPA der Vierten Internationale angehörte und von Alain Krivine und Daniel Bensaid geleitet wurde.
**LO: Lutte Ouvrière [Arbeiterkampf]:** Zentristische totzkistische Partei, die hauptsächlich Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit leistet und Mitglied der Kommunistischen Union ist. Ihre bekannte Sprecherin ist Arlette Laguiller.
**SNCF: Société nationale des chemins de fer français [Nationale französische Eisenbahngesellschaft]**
**SOLIDAIRES:** Kleiner basisdemokratischer Gewerkschaftsverband. Abspaltung nach links von der CFDT, in der die LCR/NPA aktiv ist.

# Anzeige



www.jungewelt.de
Streit um „Stuttgart 21" gefährdet Zukunftsfähigkeit Deutschlands
Sarrazin-Debatte: Die Deutschen arbeiten demografisch an ihrem Verschwinden
Sie lügen wie gedruckt. Wir drucken, wie sie lügen.
Frühlingsgefühle am Arbeitsmarkt
Linke Gewalt schwer im Kommen
Angriff auf Bundeswehr nahe Kundus: Bedingt gefechtsbereit
Deutschland im UN-Sicherheitsrat: Trotz Sitz nicht mehr Auslandseinsätze
Afghanistan: Karsai legt sich mit dem Westen an
Massiver Mißbrauch auch in DDR-Heimen
Sozialistisches Experiment
Wie Chávez Venezuela herunterwirtschaftet
Kein Geld für Krieg
Papandreou sucht Dialog mit der Türkei
Zensur: Kurierservice DHL hilft Kubas Regime beim Schnüffeln
Jetzt am Kiosk
Betrugsrekord mit 165 000 Fällen
So wird bei Hartz IV abgezockt!
Iran entwickelt Atomsprengkopf
Israel: Einzige Demokratie im Nahen Osten
Die Tageszeitung
junge Welt
Staatsdoktrin
Israel gilt manchem als Schutzmacht und Heimstätte schlechthin aller Juden. Doch wie ist es tatsächlich um das Verhältnis zu Antisemitismus und Shoah-Überlebenden bestellt? Von Moshe Zuckermann Seiten 10/11
Gegründet 1947 · Donnerstag, 7. Oktober 2010 · Nr. 234 · 1,30 Euro · PVSt A11002 · Entgelt bezahlt
www.jungewelt.de
Parteitag
3 »Ich will die DKP wieder zusammenführen.« Interview mit der designierten Vorsitzenden Bettina Jürgensen
Aufschlag
5 13 Euro für nix: Der Bund-Länder-Kompromiß zur BAföG-Erhöhung deckt gerade den Preisanstieg
Gegenwehr
6 Zehntausende gegen Rasmussens Regierung: In Dänemark nehmen die Proteste gegen Sozialabbau zu
Bestseller
13 Stieg Larsson hat den Erfolg seiner Bücher nicht mehr erlebt. Jetzt liegt die erste Biographie vor
Nein zur Mappus-Show
166 Millionen